

# Wahlsieg mit Tücken

Die Nachwahlen in Myanmar und der Erfolg der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi setzen ambivalente Zeichen für die Demokratisierung des von Soldaten dominierten Landes.

**Myanmars erste freie Wahlen** seit 22 Jahren am 1. April waren der vorläufige Höhepunkt einer erstaunlichen politischen Öffnung. Thein Sein, als General noch Ministerpräsident und seit 2011 Zivilist und Präsident, hatte in den vergangenen Monaten weitreichende Schritte eingeleitet: Die Regierung ließ hunderte politische Gefangene frei und liberalisierte die staatlich-kontrollierte Wirtschaft. Sie erlaubte die Teilnahme der vormals inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und ihrer Partei, der »National League for Democracy« (NLD), an der Nachwahl. Vor diesem Hintergrund, aber auch aufgrund negativer Erfahrungen mit vergangenen Abstimmungen – wie dem umstrittenen Verfassungsreferendum 2008 – folgt die internationale Gemeinschaft den aktuellen Ereignissen mit besonderem Interesse.



Aung San Suu Kyi im August 2011. Foto: Htoo Tay Zar / OpenMyanmar Photo Project / lizenziert gemäß Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported

Myanmar, beziehungsweise Burma, ist weiterhin keine Demokratie: Es standen nur 46 von den 664 Sitzen in beiden Kammern des Parlaments zur Wahl. Der NLD gelang es zwar, bis auf drei alle zur Wahl stehenden Mandate zu erringen, an den absoluten Mehrheitsverhältnissen ändert sich jedoch wenig: Die Militärjunta bleibt hinter den Kulissen an der Macht. Die von ihr 2008 vorgelegte Verfassung sieht vor, dass 25 Prozent aller Parlamentssitze Vertretern des Militärs vorbehalten bleiben. Die Streitkräfte Myanmars beanspruchen etwa ein Viertel des Staatshaushalts und sind mit rund einer halben Million Uniformierten rein quantitativ die neuntgrößten der Welt.

Trotzdem: Der Erdrutschsieg der NLD verheißt der Regierungspartei »Union Solidarity and Development Party« bei künftigen demokratischen Wah-

len nichts Gutes. Offen bleibt, welche Position Suu Kyi und ihre Partei gegenüber dem regierenden Militär einnehmen werden. Präsident Sein stellte in einem Treffen nach der Wahl Suu Kyi ein Ministeramt in Aussicht. Andererseits weigern sich derzeit die neugewählten NLD-Abgeordneten, den Eid auf die Verfassung abzulegen, weil dieser vorsieht, jene in ihrer bestehenden Form zu bewahren. **Red.**

## Quellen und Links:

[Kommentar von Willi Germund im Deutschlandfunk am 7. April 2012](#)

[Bericht des exilburmesischen Nachrichtenmagazins \*The Irrawaddy\* vom 4. April 2012](#)

[Reportage von \*The Diplomat\* vom 21. März 2012](#)